



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Mai2026

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitbürger,

der Name ist Programm und soll uns Verpflichtung sein: Mit unserem BÜRGERBRIEF wollen wir Sie fortan über die Arbeit der FRAKTION FREIE WÄHLER in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt informieren.

Wir wollen Ihnen zeigen, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Wir wollen Sie aber auch herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider interessierender Entscheidungsprozesse zu diskutieren und gemeinsam unsere Sichtweisen auszutauschen.

Dabei wollen wir gut zuhören und genau hinsehen. Denn auch in der Kommunalpolitik kommt es auf den Blickwinkel an, um Abläufe und Inhalte zu verstehen.

Denn nur gemeinsam gestalten wir das Leben in unserer Stadt.

Für Ihre Hinweise und Anregungen sind wir dankbar. Nehmen Sie uns bitte beim Wort.

Freundliche Grüße
Dirk Stieger

Themen dieser Ausgabe

Dirk Stieger

[Eine Tüte Mitleid für die SPD-Fraktion](#)

Marco Bergholz

[Pakt für Pflege stärkt Versorgung und Teilhabe in Brandenburg an der Havel](#)

Niklas Stieger

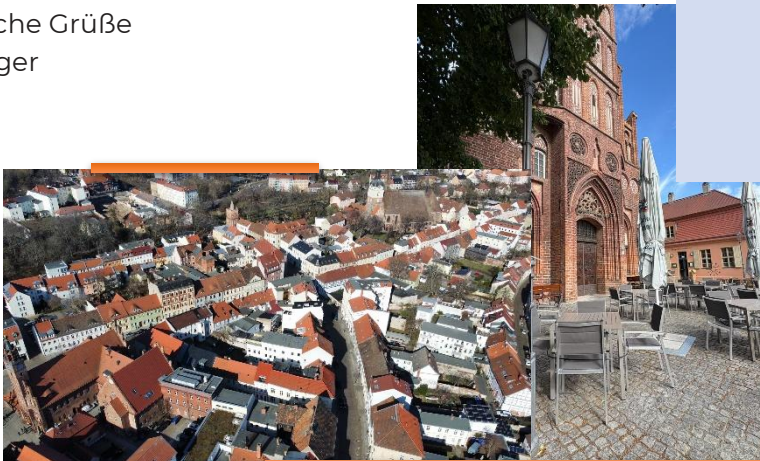
[Katzenschutzverordnung - Freie Wähler lehnen unverhältnismäßige Regelung ab](#)

Dirk Stieger

[Parkhäuser sind unverzichtbare Infrastruktur](#)

Norbert Langerwisch

[Pflege und Betreuung des Gartendenkmals Marienberg durch die BAS](#)





Dirk Stieger: Eine Tüte Mitleid für die SPD-Fraktion

Was für ein fast noch tränenreicher Auftritt der SPD-Fraktion in bester Hollywood-Dramatik nach der letzten SVV. Da wollte doch eine klare Mehrheit in der SVV dem Wunsch der SPD-Fraktion zur Auflösung des Hauptausschusses nicht folgen. Und dann gab es kein Halten mehr. Die Emotionen kochten über. Offenbar so sehr, dass auch die Mathematik versagte. Nach dem SPD-Artikel bei Meetingpoint vom 28.05.2026 könnte man meinen, die Fraktionen der CDU und der Freien Wähler hätten zusammen 24 Stimmen. Und in einem weiteren Meetingpoint-Beitrag vom 28.05.2026 wird der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Steiner zitiert, es gehe rein darum, mit „am Tisch sitzen“ zu können. Mit dieser Formulierung könnte der Eindruck entstehen, die SPD-Fraktion sei im Hauptausschuss überhaupt nicht mehr vertreten. Auch das stimmt nicht.

Was ist denn nun wirklich vorgefallen?

Nach der Kommunalwahl in einer der ersten Sitzungen der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung werden die Ausschüsse gebildet, ihre Größe, also die Anzahl der Sitze je Fraktion entsprechend des Wahl- oder Stimmergebnisses festgelegt. Das erfolgt in der Regel einvernehmlich und durch Abstimmung, zweifellos demokratisch. Jede Fraktion benennt dann aus ihrer Fraktion ihre Mitglieder und ggf. auch Vertreter

oder Nachrücker. Die SPD-Fraktion war und ist auch gegenwärtig regulär im Hauptausschuss vertreten. Wie man im Informationssystem der Stadt nachlesen kann, wird die SPD-Fraktion durch ihre Mitglieder im Hauptausschuss, Herr Holzschuher und Herr Fenske, vertreten. Damit sind die Mehrheitsverhältnisse in der SVV zweifellos auch hier korrekt abgebildet.

Was gibt es aber aus SPD-Sicht für ein schwerwiegendes Problem?

Da der bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Daniel Keip nun Oberbürgermeister ist, möchte Herr Dr. Steiner als Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden in den Hauptausschuss auf einen der zwei Sitze, die von der SPD-Fraktion besetzt werden und besetzt sind. Allerdings konnte Herr Dr. Steiner nach dem Wechsel des bisherigen SPD-Fraktionschef ins Amt des Oberbürgermeisters nicht einfach nachrücken, da er von der SPD dafür ursprünglich nicht benannt worden war. Auch das lag allein an der SPD.

Nach dem Kommunalrecht geht der nun von der SPD gewollte Wechsel nur, wenn der Hauptausschuss durch Beschluss der SVV aufgelöst wird und die Fraktionen in der SVV ihre Mitglieder im Hauptausschuss neu benennen und sich der so neu besetzte Hauptausschuss dann auch neu konstituiert.



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Mai2026

Der heutige Hauptausschuss ist also arbeitsfähig. Damit das auch nahtlos so bleibt, könnte es sinnvoll sein, das „Herr-Dr.-Steiner-möchte-in-den-Hauptausschuss-Manöver“ sogleich mit der Verständigung zu verbinden, dass es auch bei der Neukonstituierung des Hauptausschusses bei der bisherigen Besetzung für den Ausschussvorsitzenden und seinen Stellvertreter - gegenwärtig Herr Brösicke (AfD) und Herr Schaffer (CDU) - bleibt. Dies aktiv mitzugestalten, hat die SPD nicht zugesagt.

Wenn es um ein äußerlich sichtbares Verhalten geht, da fremdet die SPD-Fraktion deutlich mit der AfD und ihren Vertretern. Und da fängt das eigentliche Problem an: Und so schnell verblasen die Erinnerungen nicht. Als Fraktion der Freien Wähler mussten u.a. auch wir so einige Abstimmungsniederlagen bei Sachthemen hinnehmen, weil sich die SPD-Fraktion nicht zu fein war, auch Mehrheiten mit den Stimmen aus der AfD-Fraktion zu finden.

Wenn es den eigenen Zielen diene, konnte auch die AfD mit ihren Stimmen der SPD dazu verhelfen. Und wenn das so ist, dann kann doch die SPD-Fraktion auch den heutige Hauptausschuss-Vorsitzenden und seinen

Stellvertreter mitwählen und Herr Dr. Steiner hätte auch seinen Hauptausschuss-Sitz. Alles ganz einfach, wenn man sich nur so verständigen könnte.

Und so eine Verständigung wird wohl notwendig sein, weil die SVV-Mehrheit nicht gezwungen werden kann, durch Beschluss den arbeitsfähigen Hauptausschuss aufzulösen. Die Stadtverordneten sind in ihrer Stimmabgabe frei und es gibt auch keine Mechanismen, die dieses freie Mandat einschränken können.

Dass dieses Prinzip richtig und auch absolut demokratisch ist, ist auch verfassungsgerichtlich entschieden. Hier sei z.B. an die Wahl der Stellvertreter des Bundestagspräsidenten oder von Landtagspräsidenten erinnert. Auch hier waren sich Demokraten immer einig, dass kein Abgeordneter gezwungen werden könne, eine bestimmte von einer Fraktion vorgeschlagene Person zu wählen, auch wenn das seit Jahrzehnten sonst so die Regel war.

Und dann gibt es eben auch keinen Mechanismus, dass die SVV den Hauptausschuss auflösen muss. Auch hier sind Stadtverordnete in ihrem Abstimmungsverhalten frei. Und das ist auch demokratisch.



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Mai2026



Marco Bergholz: Pakt für Pflege stärkt Versorgung und Teilhabe in Brandenburg an der Havel

Der „Pakt für Pflege“ ist ein zentrales Förderprogramm des Landes Brandenburg zur Stärkung der Pflege vor Ort und zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen sowie ihrer Angehörigen. Ziel ist es, die häusliche Pflege zu stabilisieren, soziale Teilhabe zu fördern und Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern. Das Programm gliedert sich in vier Säulen, wobei in Brandenburg an der Havel im Jahr 2025 insbesondere die Säule „Pflege vor Ort“ umgesetzt wurde.

Im Förderjahr 2025 wurden in der Stadt insgesamt fünf Projekte durch freie Träger realisiert. Diese Angebote setzen vor allem auf niedrigschwellige Begegnung, Beratung, Aktivierung und Gesundheitsförderung. Sie richten sich sowohl an pflegebedürftige Menschen als auch an deren Angehörige sowie an hochaltrige Bürgerinnen und Bürger.

Zu den umgesetzten Projekten zählt unter anderem „Gemeinsam statt einsam in Hohenstücken“ des Vereins AuWiHo e.V., das mit Kochangeboten, Männerfrühstück, Kinonachmittagen und einem Pflegelotsendienst soziale Kontakte stärkt und Hilfsangebote vermittelt. Der Caritasverband führte den „Treffpunkt für pflegende Angehörige“ fort, der durch regelmäßige

Treffen, Beratung und Entlastungsangebote die Situation pflegender Angehöriger verbessert.

Die Volkssolidarität setzte mit „Pflege im Kiez“ auf Bewegungs- und Begegnungsangebote zur Förderung von Mobilität und Selbstständigkeit. Der ASB etablierte eine Begegnungsstätte, die Beratung, Aktivierung und soziale Teilhabe im Alltag ermöglicht. Ergänzend wurde das KoKo-FIT®-Projekt weitergeführt, das durch spielerische Trainingsangebote die geistige und körperliche Fitness älterer Menschen stärkt.

Die Projekte zeigen insgesamt eine breite Wirkung: Sie fördern soziale Teilhabe, reduzieren Einsamkeit, stabilisieren ambulante Pflegesituationen und entlasten pflegende Angehörige. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität im Alter und zur Unterstützung häuslicher Pflegearrangements.

Im Jahr 2025 wurden in Brandenburg an der Havel rund 124.800 Euro an Fördermitteln eingesetzt. Die Umsetzung erfolgt in Kooperation mit den freien Trägern, während die Stadt die Fördermittel des Landes weiterleitet. Die Förderung ist aktuell bis Mitte 2027 gesichert und bleibt angesichts des demografischen Wandels ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Pflege- und Sozialstruktur in der Stadt.



Niklas Stieger: Katzenschutzverordnung - Freie Wähler lehnen unverhältnismäßige Regelung ab

Die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Katzenschutzverordnung wird in Brandenburg an der Havel nicht eingeführt. Eine Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat die Vorlage abgelehnt. Auch die Freien Wähler haben sich gegen die Verordnung ausgesprochen, da wir sie in der vorgelegten Form für unverhältnismäßig halten.

Dabei ist unbestritten, dass die unkontrollierte Vermehrung freilaufender und herrenloser Katzen ein reales Problem darstellen kann. Tierleid zu verhindern und die Zahl verwilderter Katzen zu reduzieren, ist ein berechtigtes Anliegen. Aus unserer Sicht muss jedoch jede Maßnahme geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Genau daran hatten wir bei der vorgeschlagenen Verordnung erhebliche Zweifel.

Besonders kritisch haben wir gesehen, dass die Regelung weit über die eigentliche Problematik hinausging. Nach dem Entwurf sollten sämtliche Katzen gechippt und registriert werden – auch reine Wohnungskatzen, die ihr Zuhause niemals verlassen. Ein Zusammenhang zwischen der Registrierung von Wohnungskatzen und der Verhinderung der unkontrollierten Vermehrung freilebender Katzen war für uns nicht erkennbar. Statt gezielt dort anzusetzen, wo tatsächlich Probleme bestehen, wären alle

Katzenhalter mit zusätzlichen Pflichten und Kosten belastet worden.

Hinzu kommt, dass in der Diskussion deutlich wurde, dass die Stadtverwaltung bislang keine mildernden Maßnahmen geprüft oder umgesetzt hat. So wurde beispielsweise keine umfassende Aufklärungs- oder Informationskampagne durchgeführt, um Katzenhalter über die Vorteile einer freiwilligen Kastration, Kennzeichnung oder Registrierung zu informieren. Bevor weitreichende ordnungsrechtliche Verpflichtungen eingeführt werden, sollten zunächst solche weniger eingriffsintensiven Maßnahmen ausgeschöpft werden.



Auch die Wirksamkeit der Verordnung blieb fraglich. In der Begründung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Einhaltung der



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Mai2026

Regelungen nicht aktiv kontrolliert werden soll. Gleichzeitig wären zahlreiche verantwortungsbewusste Katzenhalter von neuen Pflichten betroffen gewesen, während fraglich bleibt, ob gerade die problematischen Einzelfälle dadurch tatsächlich erreicht worden wären.

Für die Freien Wähler gilt deshalb: Tierschutz braucht Augenmaß. Wir unterstützen sinnvolle und zielgerichtete Maßnahmen gegen die unkontrollierte Vermehrung freilebender Katzen. Die vorgelegte Katzenschutzverordnung war aus unserer Sicht jedoch nicht der richtige Weg. Deshalb haben wir ihre Einführung abgelehnt.



Dirk Stieger: Parkhäuser sind unverzichtbare Infrastruktur

Bei aller Dramatik, die sich aus der Umsetzung der Gesundheitsreform auch für unser Universitätsklinikum ergibt, freuen wir uns über die Entwicklung des UKB als medizinisches Versorgungszentrum in hoher Qualität und mit immer größer werdendem Einzugsgebiet. Ein wachsendes Klinikum braucht aber auch die mitwachsende Infrastruktur.

Seit Jahren liegen wir als Fraktion den jeweils Verantwortlichen dazu in den Ohren: Wir brauchen ein Parkhaus am Hauptbahnhof und wir brauchen ein Parkhaus beim oder in der unmittelbaren Nähe zum Klinikum. Soweit gibt es offenbar auch bei den ernst zu nehmenden Akteuren in der Kommunalpolitik Übereinstimmung. Und bitte: Wir brauchen hier nicht schon wieder die Diskussion mit dem Lastenfahrrad. Bleiben wir im echten Leben, in der Realität. Neben den Bürgern aus unserer Stadt ist das Gedankenbild das 70- oder 75jährige Ehepaar aus Genthin, das zur Behandlung ins Klinikum in die Hochstraße muss. Diese betagten Besucher kommen nicht mit der Bahn und dann mit der Straßenbahn und erklimmen auch nicht die Anhöhe zum

Klinikum. Diese Besucher aus dem Gedankenbild kommen auch nicht mit den Walking-Stöckern oder eben dem Lastenfahrrad aus Sachsen-Anhalt. Diese Besucher kommen mit dem PKW und suchen vor dem Klinikum nach einem Parkplatz, weil es ja auch einen Grund hat, weshalb sie zum Klinikum fahren. Oft steht eine Behandlung an, verbunden mit Aufregung seit Tagen. Und dann ist weit und breit kein Parkplatz zu finden.

Wir als Fraktion haben uns jetzt schon so lange und so intensiv mit dem Thema „Parkhaus am UKB“ beschäftigt, dass wir jetzt nicht mehr locker lassen werden. Deshalb jetzt auch unser Antrag zu einer Machbarkeitsuntersuchung zur Verbesserung der Parkplatzsituation und zur Errichtung eines Parkhauses im Umfeld des UKB. Wir wollen jetzt genau wissen, wo was geht, was das kosten kann und wer hier investieren würde.

Wir wollen wissen, wie kann die Finanzierung aussehen, welchen Anteil daran müssen die Parkhausnutzer tragen und in welcher Zeitachse - also wie schnell - lösen wir das Problem. Und



BÜRGERBRIEF

AUSGABE Mai2026

wenn unsere Ungeduld nervt, dann ist das genau so beabsichtigt.

Nachdem wir unseren Beschlussantrag eingebracht hatten und dazu auch die mediale Berichterstattung erfolgte, erreichten uns viele Hinweise und viel Zustimmung von den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, von Mitarbeitern des Klinikums, von Anwohnern, die die täglichen Parkplatzirrfahrten kennen. Wir erhielten auch Hinweise zu Anbietern und Unternehmen, die Parkhäuser individuell oder als Systembauten erstellen. Für all diese Hinweise, Anregungen und Informationen bedanken wir uns bei Ihnen herzlich. Und wir bitten Sie auch ausdrücklich, unterstützen Sie uns weiter. Uns hilft das wirklich sehr.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am letzten Mittwoch mit klarer Mehrheit unseren Antrag angenommen. Wir freuen uns auf die jetzt zu gewinnenden Erkenntnisse. Wir freuen uns auf einen aktiven Prozess der Ideenfindung und der zeitnahen Umsetzung. Dabei setzen wir auf



privatwirtschaftliche Initiativen, denn weder Stadt, noch UKB werden sich hier binden und engagieren können. Was wir nicht wollen und auch nicht (mehr) ertragen werden, sind die ewigen Bedenkenträger aus der Verwaltung. Wenn das erste „Argument“ gegen ein Parkhaus ist, dass der nächtliche Verkehr in einem Parkhaus gegenüber einem Wohngebäude dort in die Wohnzimmer leuchten oder blenden würde, dann ist das jedenfalls wohl ein lösbares Problem.



Mitglieder unserer Fraktion haben bereits Gespräche mit Unternehmern geführt, die sich auch mit Parkhausbau befassen. Diese Gespräche haben schon gezeigt, dass jedenfalls Interesse an solchen Vorhaben besteht. Das sollte uns hoffnungsfroh stimmen. Hier scheint echt etwas möglich zu sein.

Das Ergebnis der Machbarkeitsuntersuchung soll der SVV im September 2026 vorgelegt werden.

Zum Thema Parkhaus am Hauptbahnhof werden wir für die Juni-SVV einen eigenständigen Antrag einbringen.



***Norbert Langerwisch: Pflege und Betreuung des Gartendenkmals
Marienberg durch die BAS***

Die Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbh (BAS) ist durch die Stadtverordnetenversammlung mit der Pflege und Betreuung des Gartendenkmals Marienberg betraut worden. Damit eng verbunden ist die Integration von benachteiligten Menschen, insbesondere Menschen mit Schwerbehinderungen.

Bereits in der Vergangenheit hat die BAS auf dem Marienberg eine gute Arbeit geleistet, um dieses Gartendenkmal für Brandenburger und Touristen attraktiv zu halten.

Trotzdem kommt es immer wieder zu Vandalismusschäden und vor allem dazu, dass selbst private Unternehmen ihre Aufgaben nicht gut erfüllen.

Gefordert ist hier auch die Stadtverwaltung z. B. mit dem Ordnungsamt und auch die BRAWAG, die sich um die Pflege der Weinpflanzen auf dem Wasserrückhaltebecken zu kümmern hat.

Die Freien Wähler unterstützen die BAS und wünschen viel Erfolg.